

Bezirksversammlung: Das sind die wichtigen Entscheidungen



Harburg – Die Bezirksversammlung hat in ihrer Januar-Sitzung einstimmig den „vorhabenbezogenen Bebauungsplan Harburg 70“ beschlossen und damit

ein wichtigen Schritt zur Entwicklung eines urbanen Wohnquartiers auf dem Gelände des ehemaligen Harburger Güterbahnhofs gemacht. „Harburg 70“ erlaubt auf der Fläche nicht nur Wohnungsbau (wo eigentlich keiner erlaubt war), vor allem aber gibt es jetzt auch grünes Licht für großflächigen Einzelhandel im Binnenhafen. Projektentwickler **Lorenz & Partner** nennt sein 30-Millionen-Euro Projekt „Brückenquartier“. Für die Einzelhandelsflächen hat er schon einen Vertrag mit einem Vollsortimenter abgeschlossen.

Ebenfalls einstimmig hat die Bezirksversammlung dem Bebauungsplan Hausbruch 40 zugestimmt. Er schafft das Planrecht für ein Wohnquartier mit 68 Wohnungen in Doppel- und Reihenhäusern auf dem Gelände eines ehemaligen Gartenbaubetriebs am Rehrstieg.

Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag der Linken. Um den Wohnungsbau zu fördern hatten sie vorgeschlagen, Harburg aufzustocken – also auf vorhandenen Wohngebäuden weitere ein bis zwei Stockwerke zuzulassen. Dafür sollten alle gültigen Bebauungspläne geändert und alle neuen entsprechend formuliert werden. Schließlich soll Bezirksamtsleiter **Thomas Völsch** eine Bundesratsinitiative anregen, mit der der ländliche Raum attraktiver gemacht werden soll. So könne der Zuzugsdruck auf die Großstädte verringert werden. Lediglich die Grünen konnten sich mit dem Antrag anfreunden, denn er schaffe Möglichkeiten – nicht mehr und nicht weniger. Niemand müsse irgendwo aufstocken.

Weitgehend abgelehnt wurde ein Antrag der Grünen **Gudrun Schittek**, sie sich für eine Verstärkung der Fährlinie 62 einsetzt. Sie sei eine attraktive Alternative für Pendler, die aber gelegentlich wegen des starken Ansturms von Ausflüglern zurückstehen müssten. Obwohl Schittek mit dem Antrag eigentlich nur weitere Informationen für ihren Vorschlag einfordern wollte, sperte sich die GroKo. Von ihrem Antrag blieb nur dies übrig: „Der Koalitionsvertrag für Hamburg sieht einen Ausbau der Radwegeverbindung unter anderem mit Velorouten und Radschnellwegen vor. Dies kann im Süderelbraum nur durch die Einbindung von bestehenden Fährverbindungen geschehen. Wie sieht das Konzept der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und der Radwegekoordinatorin dazu aus? Gibt es Planungen, die Radwege zu den Finkenwerder Landungsbrücken aus den Elbdörfern und aus Neugraben und Neuwiedenthal auszubauen?“ ag

Veröffentlicht 27. Januar 2016